

# **Bürgerbeteiligung / Kinder, Jugend, Familie / Verwaltung**

## **Rat ö 16.11.2010**

### **Kinder- und Jugendbüro (TOP 17 a)**

#### **Beratungsverlauf:**

Herr Sommer weist darauf hin, dass im Jugendhilfeausschuss zu dem Thema ein Meinungsbild unter den stimmberechtigten Hinzugewählten stattgefunden habe, von denen sich zwei für den Änderungsantrag der SPD ausgesprochen haben und zwei Hinzugewählte für die Annahme des Beschlussvorschlages der Verwaltung eingetreten seien.

Frau Westermann bittet darum, diese Angabe von Herrn Sommer zu überprüfen.

Sie unterbreite namens der CDU-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

- „1. Die Arbeit des Kinder- und Jugendbüros soll nicht über den 31.12.2010 hinaus fortgesetzt werden.
2. Der Stadtjugendring soll in Kooperation mit den Gemeinschaftszentren, dem Haus der Jugend und evtl. mit Einrichtungen der Nachmittagsbetreuung bei der Planung und dem Ausbau von Kinderspielplätzen und Freiflächen eine Kinder- und Jugendbeteiligung durchführen.
3. Einzelne Projekte sollen aus dem laufenden Budget des Fachbereiches, evtl. über Projektförderung finanziert werden.
4. Über die Realisierung der Kinderinteressenvertretung wird in den Haushaltsberatungen beraten und entschieden.“

Zur Begründung zieht sie die Aussage der Verwaltung im heute vorgelegten Haushaltssicherungskonzept heran, wonach das Ehrenamt zu stärken sei und Personalkosten eingespart werden müssen. Sie hebt die große Bedeutung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen hervor. Die Jugendhilfe sei aufgefordert, Jugendliche und Kinder bei der Wahrnehmung ihrer Interessen zu unterstützen. Dies müsse allerdings nicht durch eine institutionalisierte Einrichtung der Stadt Osnabrück erfolgen. Bedauerlicherweise fehlen für die Fortführung bzw. auch den Ausbau des Kinder- und Jugendbüros die finanziellen Mittel. Daneben verweist sie auf den Nachteil, dass es städtischen Mitarbeiter, die in die Stadtverwaltung eingebunden sind, nicht in dem erforderlichen Maße Missstände öffentlich anprangern können. Sie erläutert die Einzelheiten des Änderungsantrages und stellt abschließend fest, dass durch den CDU-Änderungsantrag das Ehrenamt gestärkt werde und ein maßgeblicher 5-stelliger Betrag konsolidiert werde.

Herr Hasskamp unterbreitet namens der FDP-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

„Das Kinder- und Jugendbüro ist zum 31.12.2010 zu schließen.“

Er legt dar, dass die FDP-Fraktion die Vorschläge der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung und zur Einsparung von mehr Personalkosten begrüße.

In dem Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sieht er eine Missachtung der Verwaltungsvorschläge, aus denen hervorgehe, dass es nicht möglich sei, das Kinder- und Jugendbüro mit 1,25 Stellen auszustatten. Er verweist auch auf die außerordentlich große Unterdeckung des Budgets des Fachbereichs Kinder und Jugendliche und weist insofern die Forderung des Antrages zurück, die Mehrkosten aus dem Budget des Fachbereichs zu decken. Er wirft den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor, falsche Prioritäten zu setzen und kritisiert, dass durch dieses Vorgehen z. B. dem Konsolidierungsvorschlag der Verwaltung, die Alte Kasse in Hellern zu schließen, Vorschub

geleistet werde. Dem gegenüber spricht sich die FDP-Fraktion dafür aus, dass die Stadtteiltreffs weiterhin als Anlaufstelle für Kinder- und Jugendinteressen dienen sollen. Insbesondere werde es abgelehnt, einzelne Maßnahmen vor Beschlussfassung über den Haushalt festzuzurren.

Herr Oberbürgermeister Pistorius weist den von Herrn Hasskamp verwandten Begriff „aufgeblähte Verwaltungsbereiche“ zurück. Er legt dar, dass er den Inhalt der Verwaltungsvorlage voll unterstütze und spricht sich für die Fortführung der guten Arbeit des Kinder- und Jugendbüros aus. Er erinnert an den Beschluss zur Wiedereinführung des Kinder- und Jugendbüros im Jahr 2007; im Rahmen der seinerzeitigen Aussprache habe er sich ebenfalls für das Kinder- und Jugendbüro ausgesprochen, wobei er jedoch dringend vor einer Personalkostenausweitung gewarnt habe; hierauf beruhe der heutige Verwaltungsvorschlag. Er konzidiert, dass die Umsetzung der Arbeit unter Verzicht auf 1/4 Stelle schwierig sei; diese Maßnahme sei jedoch im Hinblick auf die Beschlusslage zur Personalkostenreduzierung erforderlich. Er macht deutlich, dass er ausschließlich den Verwaltungsvorschlag unterstütze.

Herr Sommer macht deutlich, dass der Beschluss aus dem Jahr 2007, das Kinder- und Jugendbüro mit 65.000,00 € zu finanzieren, eingehalten sei, sofern man dies unter Fachbereichssicht betrachte.

Die beiden im Kinder- und Jugendbüro eingesetzten Kräfte entsprechen den vorgegebenen Eingruppierungsmerkmalen. Er erinnert daran, dass bei der Wiedereinführung des Kinder- und Jugendbüros die Personalausstattung ursprünglich mit zwei Stellen geplant war. Die Änderungsanträge von CDU und FDP werden abgelehnt, da hierdurch niedrighschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche nicht gestützt werden.

Er verweist abschließend darauf, dass die gute Arbeit des Kinder- und Jugendbüros auch überregional große Anerkennung finde.

Frau Strangmann bestätigt die Ausführungen von Herrn Sommer bezüglich der Erreichung von Einsparvorgaben. Sie hebt hervor, dass der Qualifikation der im Kinder- und Jugendbüro eingesetzten Kräfte höhere Priorität zuzumessen sei als der Erreichung der Einsparziele. Hiernach sei bei der Betrachtung des Fachbereichszieles die vorgegebene Einsparung erreicht worden. Die im Fachbereich insgesamt entstandenen Mehrkosten beziffert sie mit 5.000,00 €. Sie spricht sich in Anbetracht der Bedeutung der Arbeit des Kinder- und Jugendbüros für die Annahme des Änderungsantrages von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen aus.

Frau Pötter widerspricht Herrn Sommer in seiner Einschätzung, dass die CDU-Fraktion keine niedrighschwelligen Angebote unterstütze; vielmehr trete die CDU-Fraktion für den Erhalt sämtlicher Jugend- und Gemeinschaftszentren ein. In der derzeitigen Haushaltssituation sei es allerdings unabdingbar, Prioritäten zu setzen. Ausschließlich unter haushaltspolitischer Betrachtung sei der Verzicht auf die richtige und gute Aufgabenwahrnehmung durch das Kinder- und Jugendbüro künftig erforderlich.

Herr Hasskamp zitiert aus dem Konzeptentwurf der Kinderinteressenvertretung und äußert die Vermutung, dass die dort aufgeführten Aufgaben zu Lasten der bisherigen Arbeit des Kinder- und Jugendbüros gehen werden.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden **Änderungsantrag der FDP-Fraktion** und den 1. Satz des **CDU-Änderungsantrages** wie folgt herbei:

**Abweichender Beschluss:**

Das Kinder- und Jugendbüro ist zum 31.12.2010 zu schließen/Die Arbeit des Kinder- und Jugendbüros soll nicht über den 31.12.2010 hinaus fortgesetzt werden.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich, gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Ratsmitgliedes Christopher Cheeseman wie folgt herbei:

**Abweichender Beschluss:**

Die zeitliche Befristung des Kinder- und Jugendbüros wird aufgehoben; die Arbeit wird über den 31.12.2010 unbefristet fortgesetzt.

Mögliche Mehrkosten gegenüber früheren Haushaltsansätzen sind aus den bestehenden Budget des Fachbereichs 51 zu tragen.

Unter finanziellen Auswirkungen wird für die Folgejahre im Plan 2011 95.323,00 € und im Plan 2012 95.323,00 € ausgeworfen.

Unter personellen Auswirkungen wird von 1,25 Planstellen ausgegangen.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mehrheitlich, gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, bei Enthaltung des Oberbürgermeisters **angenommen**.